

SICHERES WIEN

Die Sicherheit der Wiener_innen ist der Grundpfeiler unseres friedlichen Zusammenlebens. Die Stadtpolitik muss die notwendigen Regeln und Rahmenbedingungen dafür schaffen und es ist die Verantwortung aller Bürger_innen, an einem sicheren Wien mitzuwirken.

Die Wiener_innen müssen sich in jedem Teil ihrer Stadt sicher fühlen. Wichtig dafür sind zum Beispiel eine flächendeckende Beleuchtung, das Verhindern von Angsträumen und vor allem ein gesellschaftlicher Diskurs, der nicht mit Ängsten spielt. Vertrauen ist in einer Gesellschaft ein hohes Gut, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Sicherheitspolitik muss auf Basis von Fakten gemacht werden. Dabei darf man Gefahren weder überzeichnen noch unterschätzen.

Gedankengut, das in unserer Gemeinschaft das Vertrauen gefährdet, muss aktiv und konsequent bekämpft werden. Spaltung und Extremismus, egal welcher Art, haben in Wien keinen Platz. Zivilcourage, Bildungs- und Aufklärungsoffensiven sowie ein konsequentes Vorgehen der Polizei können Radikalisierungen entgegenwirken und so unsere Gesellschaft schützen.

Um einen angstfreien, von Vertrauen geprägten öffentlichen Raum zu garantieren, braucht es an den relevanten Orten mehr Polizist_innen auf unseren Straßen. Dabei geht es einerseits um eine Aufstockung des Personals und andererseits um eine Entbürokratisierung der Polizeiarbeit. Polizist_innen sollen nicht mit Papierkram aufgehalten werden, sondern ihre wertvolle Arbeitszeit dafür nutzen können, Kontakt mit der Bevölkerung aufzubauen und Probleme schnell vor Ort zu lösen.

Unter dem Vorwand der Sicherheit darf auf keinen Fall eine Verbots- und Überwachungskultur eingeführt werden. Die Bürger_innen sollen nicht unter Generalverdacht stehen. Weiters ist ausufernde Überwachung nicht effektiv und bringt nicht mehr Sicherheit. Deshalb lehnen wir den Ausbau von staatlichen Überwachungsmaßnahmen und den Einsatz pauschaler Verbote ab.

Wien muss eine sichere Stadt sein, in der Bürger_innen einander vertrauen, damit sich jede und jeder frei bewegen und entfalten kann.

Effektive Polizeiarbeit nah bei den Bürger_innen

Eine sichere Stadt braucht erfolgreiche Polizeiarbeit. Viele gut ausgebildete und engagierte Polizist_innen an den relevanten Orten auf den Straßen stellen ein friedliches Miteinander sicher. Die Polizei muss zu einem noch größeren Ausmaß zum natürlichen Ansprechpartner der Wiener_innen werden. Durch eine engere Bindung an die Bevölkerung kann es gelingen, Probleme früher zu erkennen und besser zu bekämpfen.

Der Berufsstand der Polizist_innen wird immer unattraktiver und folglich gibt es zu wenig Polizeinachwuchs. Zu geringe Bezahlung sowie hohe körperliche und mentale Belastungen sind wesentliche Gründe. Dazu kommt, dass Polizist_innen zu viele Stunden mit Arbeit am Schreibtisch verbringen müssen, statt im Einsatz oder auf Streife sein zu können.

- Die Wiener Polizei muss durch eine Aufwertung des Polizist_innenberufs attraktiver für Bewerber_innen werden. So wird garantiert, dass die Besten zur Polizei kommen und langfristig motiviert bleiben.
- Eine Ballungsraumzulage soll dafür sorgen, dass unsere Polizist_innen aufgrund der schwierigen Arbeitsbedingungen in der Großstadt nicht an andere Bundesländer verloren gehen.
- Auch der wertvolle Beitrag unserer Grätzlpolizist_innen, deren Arbeit durch intensiven Kontakt mit den Menschen vor Ort besonders wirksam ist, muss anerkannt und gefördert werden. Als lokale Ansprechpersonen sollen die Grätzlpolizist_innen das Sicherheitsgefühl der Wiener_innen stärken und dabei helfen, lokalen Problemen vorzubeugen.
- Polizist_innen müssen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Durch einen Bürokratieabbau im Polizeialltag und eine Verschiebung des Einsatzes vom Büroschreibtisch auf die Straße können Ressourcen in der Mitte des Geschehens viel besser genutzt werden.
- Eine verbesserte digitale Infrastruktur und mehr Verwaltungspersonal können ebenfalls dazu beitragen, Polizeibeamt_innen zu entlasten und die Prozesse effizienter zu machen.

Altmodische Systeme schränken Polizist_innen bei ihrer Arbeit ein und hindern sie daran, Wien sicherer zu machen.

- Effektive Polizeiarbeit braucht eine moderne Ausstattung. Der wichtige Einsatz unserer Polizist_innen darf nicht durch schlechtes Equipment erschwert werden.
- Um die Wirksamkeit und Effizienz weiter zu erhöhen, fordern wir außerdem eine engere Zusammenarbeit der Behörden.
- Digitale Lösungen machen Prozesse für Polizei und Bevölkerung einfacher und besser. Online-Anzeigen durch die Handysignatur sind ein Beispiel. Vorfälle wie Diebstähle könnten auf diesem Weg ohne langwierige Wartezeiten auf Wachzimmern oder Ämtern gemeldet werden.

Polizeigewalt schadet dem Ansehen der gesamten Wiener Polizei und muss rasch und unabhängig aufgeklärt und sanktioniert werden.

- Werden Fälle von Polizeigewalt bekannt, muss es so rasch wie möglich unabhängige Ermittlungen geben, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei nicht leidet.

Starke Justiz mit Zukunftsblick

Sicherheit in Wien endet nicht mit Polizeiarbeit. Die Bürger_innen müssen sich darauf verlassen können, dass Justizeinrichtungen über ausreichend Mittel verfügen, um mit der Belastung der Großstadt umgehen zu können. Die Prävention von Verbrechen muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Die Justizeinrichtungen in Wien sind einer Großstadt nicht mehr würdig. Die Gefängnisse gehen über und qualifiziertes Personal zur Betreuung der Betroffenen fehlt. Durch das überlastete System werden wichtige Chancen zur Prävention weiterer Straftaten versäumt.

- Zur Entlastung der völlig überfüllten Justizanstalten fordern wir den Bau einer zusätzlichen Justizanstalt. Zusätzliche Justizwachebeamte_innen sind unverzichtbar, um mit den steigenden Anforderungen gut umgehen zu können.
- Bei Häftlingen muss der Wiedereinstieg in die Gesellschaft nach der Entlassung im Vordergrund stehen. Denn Wiederholungstäter sind meist Personen, die keinen Weg zurück in ein geordnetes, erwerbstätiges Leben finden. Resozialisierungs- und Rehabilitationsmaßnahmen müssen bereits in den Justizanstalten stattfinden und von qualifiziertem Personal begleitet werden.
- Das Verwaltungsgericht Wien braucht mehr Personal. Wegen der immer längeren Verfahren sollen neu geschaffenen Richter_innenstellen in dauerhafte Planstellen umgewandelt werden. Die Schaffung weiterer Richter_innenstellen sowie eine Aufstockung der Rechtspfleger_innen sind ebenfalls dringend nötig.

Keine Angst auf Wiener Straßen

Damit sich die Wiener_innen in ihrer Stadt wohlfühlen, muss die Gestaltung des öffentlichen Raums ein hohes Sicherheitsgefühl vermitteln. Zusätzlich müssen genug Polizist_innen und andere Expert_innen bereitstehen, um rasch und effektiv mit Problemen auf unseren Straßen umzugehen.

Praterstern, Reumannplatz, Westbahnhof: Viele öffentliche Orte in Wien haben den Ruf, unsicher zu sein. Wiener_innen meiden diese Plätze und Eltern sorgen sich, wenn ihre Kinder allein auf Wiens Straßen unterwegs sind.

- Um unsere Stadt sicherer zu machen und den Wiener_innen den öffentlichen Raum zurückzugeben, brauchen wir neue Konzepte in der Stadtplanung.
- Angsträume müssen neugestaltet und durch bauliche Maßnahmen wie Spiegel besser überblickbar gemacht werden.
- Außerdem braucht es eine flächendeckende LED-Beleuchtung auf Straßen sowie in Durch- und Unterführungen, damit sich die Wiener_innen durch Helligkeit sicherer bekommen.
- Für obdachlose Menschen muss es eigene Aufenthaltsräume geben, an denen Sanitäreinrichtungen, Sitzgelegenheiten und eine direkte Anbindung zu Sozialarbeiter-Organisationen zur Verfügung stehen.

- Orte, die für Kriminalität bekannt sind, müssen in der Verteilung von Ressourcen besonders berücksichtigt werden. An diesen Hotspots soll ein interdisziplinäres Sicherheitsteam von Polizist_innen, Sozial- und Jugendarbeiter_innen und anderen Expert_innen bereitstehen, um im Notfall schnell und effektiv eingreifen zu können.
- Wie „Hotspots“ langfristig gestaltet und entschärft werden, soll eine Steuerungsgruppe klären. Dort treffen einander politische Verantwortliche, Anrainer_innen, Geschäftsleute und andere involvierte Personen.

Die Sicherheit der Wiener_innen ist oberstes Ziel. Trotzdem darf der vermeintliche Schutz nicht als Vorwand für das Einführen einer Überwachungs- und Verbotskultur missbraucht werden.

- Die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und die Verwendung von Gesichtserkennungssoftware darf nicht ausgeweitet werden. Ein Eingriff in Freiheitsrechte der Bürger_innen muss gute Gründe haben und darf nicht Teil des Alltags sein. Die Wiener_innen dürfen nicht unter Generalverdacht stehen.
- Alkoholverbotzonen sind eine Scheinlösung und verdrängen die Probleme nur in andere Grätzl oder Bezirke. Anstatt der Verbote braucht es Expert_innen vor Ort, die ein Vertrauensverhältnis mit Risikogruppen aufbauen und so Schwierigkeiten vorbeugen können.

Cybersicherheit stärken

Cybersicherheit ist ein Anliegen, das Wien als Stadt nicht allein lösen kann. Dennoch müssen Politik und Verwaltung ihren Teil zum gemeinsamen Bemühen auf nationaler und europäischer Ebene beitragen. Cybersecurity muss als zentraler Bestandteil der Sicherheitsstrategie unserer Stadt verstanden werden. Die Sicherheit der Bürger_innen muss auch online gewährleistet sein.

Durch Defizite in der Cybersicherheit können Privatpersonen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen immense Schäden entstehen. Die Stadt Wien ist momentan nicht ausreichend gerüstet, um den bereits realen Bedrohungen gewachsen zu sein.

- Wir fordern eine massive Investition in die IT-Systemsicherheit aller öffentlichen Institutionen. Unsere Einrichtungen brauchen mehr IT-Spezialist_innen, um die persönlichen Daten der Bürger_innen und andere vertrauliche Informationen zu schützen.
- Um öffentlich Bedienstete ausreichend über die Gefahren und notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zu informieren, muss es verpflichtende IT-Schulungen für Beamt_innen geben.
- Damit die kommenden Generationen auf alle Herausforderungen des digitalen Zeitalters vorbereitet sind, fordern wir die Verankerung des Themas Cybersicherheit im Lehrplan.

Jugendkriminalität bekämpfen heißt Zukunft zurückgeben

Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen erfolgreich in die Gemeinschaft finden. Durch schlechten Umgang oder mangelnde Begleitung in den ohnehin schwierigen Jugendjahren können Kinder schnell in eine problematische Entwicklung gerate. Das kann verhindert werden, wenn wir Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, verantwortungsvoll mit sich und ihren Mitmenschen umzugehen.

Jugendkriminalität ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft. Sie raubt vielen Jugendlichen Chancen auf ein erfolgreiches und erfülltes Leben. Stadtpolitik, Schulen und Behörden müssen zusammenarbeiten, damit kein Kind seine Zukunft durch den Absturz in die Kriminalität gefährdet.

- Zur Bekämpfung von Jugendkriminalität müssen Kinder, Eltern, Schulen und die Gesellschaft im Gesamten bei der Erstellung von Konzepten einbezogen werden.
- Neben den Familien muss auch die Schule dazu beitragen, unsere Kinder und Jugendlichen zu einem friedlichen Zusammenleben zu erziehen. Präventionsangebote wie Anti-Gewalttrainings müssen an allen Wiener Schulen Standard werden.
- Besonderes Augenmerk verdient die Prävention von Extremismus- und Radikalisierungstendenzen. Kinder und Jugendliche sollen vor gefährlichen Ideologien geschützt und zum eigenständigen Denken und Demokratieverständnis befähigt werden.
- An unseren Schulen braucht es insbesondere mehr Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen, um gefährdete Kinder zu erkennen und zu unterstützen. Auch Eltern müssen in die Beratung einbezogen werden. So werden den Familien Zukunftsperspektiven aufgezeigt und eine positive Entwicklung ermöglicht.
- Neben der Arbeit an den Schulen müssen auch an Hotspots für Jugendgruppen, zum Beispiel in Parks, genügend Expert_innen, wie Sozialpädagog_innen und Jugendarbeiter_innen, bereitstehen, um Kinder und Jugendliche vor Ort zu betreuen.
- Die Parkbetreuung ist entsprechend in allen Wiener Bezirken auszubauen und aufzuwerten.
- Jugendarbeit und Polizei müssen enger zusammenarbeiten. Ein solches umfassendes Sicherheitsnetzwerk soll sicherstellen, dass kein Kind mehr auf der Strecke bleibt.
- Um auf die besonderen Bedürfnisse von Jugendlichen einzugehen, braucht Wien wieder ein eigenes Jugendgericht sowie einen auf Jugendkriminalität spezialisierten Strafvollzug. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass Jugendliche nicht zu Wiederholungstätern werden, sondern so schnell wie möglich wieder auf die richtige Bahn kommen.